

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen liegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. jährlich. Saldo-Ausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Subskription, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 5-8.

Die achtspaltige Nonpareilzeile oder deren Raum kostet 1,- M., einschließlich Erzeugungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erzeugungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Saldo-Ausschlag in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2045, 4516 4903, 4935, 4919, 4922.

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sperret Polen ab!

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg!

Entsprechend dem Auftrag der Reichskommission, zur Sicherung strengster Neutralität zur Bekämpfung der Konterrevolution alle Waffen, Munitions- und Transporttransporte zu kontrollieren, haben die unterzeichneten Körperschaften beschlossen, in Berlin und der Provinz Brandenburg an allen wichtigen Eisenbahn- und Transportwegen Kontrollinstanzen einzusetzen. Diese müssen auf das Strengste die Kontrolle aller Waffen, Munitions- und Transporttransporte durchführen. Eine Ausnahme bilden nur die auf Grund des Friedensvertrages erfolgten Transporte der Entente, die nachweislich für die Befähigung der Truppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind, jedoch muß diese über diese der unterzeichneten Zentralstelle sofort Mitteilung gemacht werden. Diese Kontrollstellen sind nicht berechtigt, selbständige Entscheidungen von weittragender Bedeutung zu treffen, sondern sind verpflichtet, in Zweifelsfällen sich sofort mit uns zu beraten.

Zentralstelle, Genosse Hermann Müller, Berlin D. 27, Schiffstraße 5/8, Telefon: Mez. 3007 u. Königl. 3759.

in Verbindung zu setzen. Wir ersuchen die Kontrollinstanzen, ihre Zusammenkunft in derselben Weise vorzunehmen, wie sie von den unterzeichneten Körperschaften erfolgt ist und die Adresse des Obmanns unverzüglich an den Genossen Hermann Müller einzuschicken.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! In Euch liegt es nun, dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Auftrage der Internationale und der Reichskommission der Konterrevolution keine Waffen und Munition geliefert werden und Deutschland nicht zum Tummelplatz chauvinistischer Elemente von West- und Ost-Europa wird.

Für die U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg, Brühl.

Für die S. P. D., Bezirksverband Groß-Berlin: Hänsler. Für die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend: Sabath.

Für die Provinzische Betriebsrätezentrale: Wegmann.

Für die Betriebsräte der S. P. D.: Reinknecht.

Für den Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Berlin: Ullrich.

Für den Transportarbeiter-Verband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin: Klose.

Für den Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahner: Marci.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Henn.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufes gebeten.

Selbst Sowjetrußland!

Die Kommunistische Arbeiterpartei Polens veröffentlicht einen Aufruf an das Proletariat aller Länder! In dem es unter anderem heißt:

Die Liquidierung des polnischen Imperialismus hat noch einmal eine Verzögerung erfahren. Den vereinten Anstrengungen der polnischen Armee und der Wrangelschen weißen Garden ist es gelungen, den Siegesmarch der roten Armee zurückzuwerfen und Sowjetrußland wieder in Todesgefahr zu bringen. Die Regierung des imperialistischen Polens, diese heilige niedergeworfene wilde Bestie, richtet sich jetzt zum neuen Sprung auf. Die Vertreter der polnischen Regierung in Wien sabotieren die Friedensverhandlungen, und die Labordisziplin stellt die Lösung der Differenzen zwischen Polen und Rußland — diesen heuchlerischen Kampfstreit des polnischen Imperialismus wieder auf.

In diesem Moment halten wir polnische Kommunisten für nötig, unsere Stimme zu erheben, um dem europäischen Proletariat zu erklären,

daß polnische Arbeiter mit dem Invasionskrieg des polnischen Militarismus gegen Sowjetrußland nichts gemein haben, daß sie diesen Krieg, der nicht dem Schutz der Unabhängigkeit gilt, sondern dem der Welt Herrschaft des Kapitals, aufs schärfste verdammen, daß sie in den roten Truppen nicht die unsere Freiheit bedrohenden Eroberer, sondern unsere Bundesgenossen im revolutionären Befreiungskampfe sehen.

Sowjetrußland, das zuerst die Anerkennung der polnischen Unabhängigkeit proklamierte, das den polnischen Staat wiederholt Frieden anbot, das in Momenten der größten kriegerischen Erfolge die Integrität der polnischen Grenze verlor, ist nicht ein Feind der polnischen Unabhängigkeit, sondern vielmehr deren stärkste Garantie. Die angebliche Verteidigung der Unabhängigkeit ist nichts als läugerischer Vorwand für einen gegenrevolutionären Eroberungskrieg.

Seit anderthalb Jahren regiert die polnische Regierung mittels eines permanenten Ausnahmezustandes. Die Beteiligung der sogenannten Sozialisten an der Regierung änderte an diesem Zustande nichts, ermunterte vielmehr die Bourgeoisie zu einer noch grausameren Ausübung der militärischen Diktatur. Die kommunistische Presse und Organisation sind verboten, die Gewerkschaften werden wegen der Leitung der Lohnbewe-

gungen unterdrückt, die Arbeitergenossenschaften werden drangsalariert. In Gefängnissen schmachtet und ausgehungert werden. Zu diesem physischen gefüllt sich der moralische Terror in der Gestalt der antisemitischen und antisowjetischen Hehe, die in blutige Pogrome ausartet, und einer unerhörten Aufpeitschung der chauvinistischen Instinkte.

Und dennoch kämpft das polnische Proletariat gegen den Krieg. In seiner großen Masse folgt es nicht der legalen, von der Regierung begünstigten polnischen Sozialistischen Partei, sondern der illegalen, unterirdischen kommunistischen Partei. Es ist eine Frage, daß der polnische Arbeiter hinter seiner nationalen Regierung stehe, und die Volkswirtschaften hülfe. Wäre dem so, so wäre es nicht notwendig, den Ausnahmezustand zu verhängen und im Sejm das Ausnahmegesetz und andere Repressionsmaßnahmen zu beschließen, so müsse nicht das Blut des polnischen Arbeiters in den Straßen von Warschau, Lodz, Polen, gäbe es keine Standgerichte und Zuchthausurteile.

Arbeiter Europas und Amerikas!

In diesem Befreiungskampfe des polnischen Proletariats könnte für dasselbe keine schlimmere Niederlage geben, als die Niederwerfung Sowjetrußlands. Der Sieg des Bündnisses Pilsudski-Wrangels bedeutet eine unerhörte Stärkung des polnischen Imperialismus, eine blutige Niederlage der Arbeiterbewegung in Polen, eine reißende Fesselung des polnischen Proletariats.

Wir polnischen Arbeiter, deren Unabhängigkeit der polnische Militarismus zu schänden vorgibt, rufen Euch zu: Wollt Ihr uns zur Befreiung verhelfen, so tut das eine: Helft Sowjetrußland!

Die Feinde der Solidarität

Bezugnehmend auf den Artikel „Gegen die Preisgabe der Staatsautorität“ in der Nr. 400 des „Lokal-Anzeigers“ vom 26. August, erlucht uns der Vorsitzende des Hauptbetriebsrats der Eisenbahner um Aufnahme nachstehenden Artikels:

Seit einigen Tagen geht ein Sturm durch die bürgerliche Presse aller Schattierungen, welcher seinen Ursprung in der festen Haltung der Arbeiterschaft hat, gegenüber allen Versuchen der Kreise, welche jede Situation ausnützen, um ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen.

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband fühlt sich bei dieser Gelegenheit veranlaßt, durch seinen Generalsekretär Riedel sowohl durch persönliche Verankerung bei einer Verhandlung im Reichsverkehrsministerium wie auch durch einen Artikel im „Lokal-Anzeiger“ unter seinem berühmten frommen Augenaufschlag zu versichern, daß seine Schäfchen artig sind, und daß der böse Vorhänger des Hauptbetriebsrates ohne Erlaubnis der übrigen Mitglieder des Hauptrates den Aufruf unterzeichnet hat. Demgegenüber stelle ich fest, daß in der Vollziehung des Hauptbetriebsrates, am 7. August 1920, an der auch die Mitglieder des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes teilnahmen, beschlossen wurde, keine Waffen- und Munitionstransporte, welche zu Kriegszwecken geeignet sind, durchzulassen. Außerdem wurde dem Vorsitzenden Blantsch-Bollmacht für etwa vorkommende Fälle erteilt. Weiterhin ist noch interessant, zu bemerken, daß die Zusammenlegung des Hauptbetriebsrates eine solche ist, daß gerade der A. E. V. die wenigste Ursache hat, große Töne anzuschlagen; denn von den 20 Mitgliedern des Hauptbetriebsrates gehören ganze 2 dem A. E. V. an. Da außerdem sowohl Vorstandsmitglieder als auch ein großer Teil der A. E. V. Mitglieder in den sozialdemokratischen Parteien organisiert sind, so wäre ich begierig, zu wissen, was diese Mitglieder gegen die unfaire Handlungsweise ihres Generalsekretärs, der ja auch schon infolge seiner häufigen Entgegnungen mit einem besonders heftigen Epitheton behaftet ist, zu unternehmen gedenken.

Paul Kibor.

Somit ist die Haltung des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes, die wir schon gebührend behandelt haben, nicht nur verträglich, sondern die Begründung dieser Haltung ist auch noch verlogen.

Eine Vertretung Wrangels in Berlin?

Nach einer Meldung, die vom 8-Uhr-Abendblatt — allerdings mit Vorbehalt — wiedergegeben wird, teilt eine „unterrichtete Stelle“ mit, daß der Herr General Wrangel unter der Flagge einer großen „Einkaufs- und Vandalzentrale“ eine politische Vertretung in Berlin etabliert hat. Diese Filiale der russischen Konterrevolution soll mit den hiesigen Vertretern der russischen Randstaaten Verhandlungen angeknüpft haben, um sie in eine Konsolidation mit der sibirischen Regierung einzubeziehen. Ausgeschlossen werden sollen nur Finnland und Polen, deren volle staatliche Unabhängigkeit und Souveränität Wrangel freudlich anerkennen beabsichtigt.

Wenn es stimmt, so ist das ein niedliches Pländchen. Die Verherrlichung einer Sowjetrußland feindlichen Organisation in Berlin, die ihre hiesigen Beziehungen benutzt, um den Kampf gegen Sowjetrußland zu dienen, steht im Widerspruch mit der Neutralität Deutschlands. Das Proletariat jedenfalls ist nicht geneigt, sich die Etablierung einer derartigen Filiale der Konterrevolution gefallen zu lassen. Es hat genug an seinen Erfahrungen mit früheren Unternehmungen gleichen Stils. Es erwartet bestrebt von der Regierung eine schnelle Unterdrückung des Versuchs und eine sofortige Verhaftung der Leute Wrangels aus der Reichshauptstadt.

Die USPD. und die Kommunistische Internationale

Von Artur Crispian

II.

Vor unserer Reise nach Moskau hatten wir in einer gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission unserer Partei nochmals eine Aussprache über die Frage der Internationale und über die Aufgaben unserer Delegation nach Moskau. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß wir, entsprechend dem Beschluß des Leipziger Parteitags, auf Grund des Aktionsprogramms unserer Partei in Moskau zu verhandeln hatten unter der Führung der Autonomie unserer Partei für ihre inneren Angelegenheiten und taktischer Maßnahmen. Die Autonomie für unsere Partei hielten wir alle für ganz selbstverständlich. Nach den Beschlüssen des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bleibt jedoch nicht die Spur einer Autonomie für unsere Partei. Ich habe denn auch in der letzten Sitzung mit dem Exekutivkomitee festgestellt, daß die Beschlüsse in Widerspruch zu dem Aufruf stehen, den unsere Delegation von den leitenden Körperschaften der Partei einstimmig erhalten hat. Daran halte ich auch heute noch fest, weil es mir nicht gegeben ist, je nach Bedarf, alle acht Tage eine andere Meinung über ein und dieselbe Frage zu haben.

Wir haben es bisher für eine der wichtigsten Parteibedingungen für die siegreiche Durchführung der proletarischen Revolution gehalten, die Massen zur Selbstständigkeit zu erziehen. Jeder einzelne Klassenbewußte Arbeiter soll selbständig denken und urteilen, soll bewußt sozialistisch wirken und jederzeit aktiv sein. Aus solchen einzelnen geistig hoch entwickelten, selbstbewußten und sich verantwortungsvoll fühlenden Menschen muß die Masse bestehen, die alles einsehen will, um die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die Führer dürfen nur beratende und ausführende Organe der Massen sein, die wissen was sie wollen. Was zu geschehen hat und wie es geschehen muß, darüber entscheidet die gesuchte Masse.

Die Kommunisten wollen neuerdings das strikte Gegenteil. Bisher haben die deutschen Kommunisten, allerdings aus niedrigen demagogischen Gründen, eine heillosige Hehe gegen die Führer, die „Bonzen“ anderer Parteien betrieben. Sie haben damit zerrüttend und demoralisierend auf die Arbeiter und vergiftend auf den Klassenkampf gewirkt. Wenn man sagt, daß Marx seiner Zeit die internationale Parole ausgegeben habe: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! und daß aus dieser Parole durch die Schuld der 2. Internationale der Ruf wurde: Proletariat aller Länder tötet Euch! (was durchaus stimmt), so muß dem aber hinzugefügt werden, daß die Kommunistische Internationale den marxistischen Schrei der proletarischen Solidarität in jenen brüdermörderischen Befehl verandelt hat: Proletariat aller Länder spaltet Euch! Und die Reaktion macht vortreffliche Geschäfte dabei.

Nach den neuesten Beschlüssen der Kommunistischen Internationale sollen nun anfeinmal die sonst so viel geläuterten „Bonzen“ unumschränkte Gewalt ausüben. Die Masse wird als Kanonenfutter oder, wie man will, als Kulturdünger bewertet. Strafe militärische Disziplin, blinder Gehorsam. Keine Meinung darf gelten als die der obersten „Bonzen“, das ist das neue kommunistische Evangelium.

So kommen wir zu dem Gipfel der Vollkommenheit der russischen Kommunisten, nämlich zu der russischen Art der Reinigung der Partei. Das geschieht in Rußland in der Weise, daß etwa alle drei bis vier Monate fünf Parteigenossen damit beauftragt werden, die Mitgliederlisten der Partei durchzugehen und ohne jedes weitere Verfahren diejenigen zu streichen, die — ja, wie soll ich sagen — diejenigen zu streichen, die — man eben streichen zu müssen glaubt. Ich höre schon, wie mir zugerufen wird, in Rußland sei dies Verfahren notwendig!

Ja, zum Teufel, mag das stimmen oder nicht stimmen. Wogen die russischen Kommunisten meinetwegen alle acht Tage grundsätzlich 100 Prozent ihrer Mitglieder rauschmeißen, obgleich es doch einfacher wäre, nicht erst Leute in die Partei aufzunehmen, um sie dann wieder lang- und langsam zu entfernen. Aber dagegen wende ich mich, daß man uns ähnliche Reinigungsakten zumutet. Darauf, und auf nichts anderes laufen die hier in Betracht kommenden Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale hinaus. Sie sind eine Kriegserklärung nicht an den Kapitalismus, sondern an das Klassenbewußte Proletariat, das sich nicht als willenlose Masse brauchen lassen will.

Alle Presseorgane und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden. Aus allen Redaktionen, Funktionen, Parteinstanzen und Parteiorganen muß jeder Genosse entfernt werden, mit dessen Parteizugehörigkeit sich die russischen Kommunisten nicht abfinden können. So fordern es

die Maßnahmenbedingungen. Was tut es, wenn Tausende im harten Kampflampf grau gewordene, narbenbedeckte und erfahrene Kämpfer, die sich selbst unter Einsetzung ihres Lebens in allen Situationen als unbedingt zuverlässige und vertrauenswürdigste, als tapferste und selbstlose Genossen bewährt haben, plötzlich insamiert und aus der Gemeinschaft ihrer Kampfgesellen gewiesen werden. Der Jörn sagt jeden christlichen Mann, wenn er hören muß, daß solche Genossen von anderen, die ihre Schüler sind oder sein sollten und die erst noch Gelegenheit bekommen sollen, zu beweisen, daß sie Klassenkämpfer aus echtem Sargot und Korn sind, nicht mehr Wert haben als Ballast, den man über Bord werfen muß. Und warum? Sind jene Genossen über Nacht Judas geworden? O nein, sie sind nur nicht der Meinung, daß es darauf ankommt das Maul aufzureißen, das Jungen-R zu beherrschen und an die Unschicklichkeit Moskaus zu glauben, wenn man würdig sein will der kommunistischen Gemeinschaft anzugehören. Ob ein bewährter Genosse gerade wegen seiner Erfahrungen für bestimmte Posten in der Bewegung geeignet und bei dem großen Verbrauch und Mangel an Kräften bitter notwendig ist, das hat nichts zu sagen. Es braucht nur irgend ein Streber von heute aufzutreten und radikale Phrasen von sich zu geben, um berufen und auserwählt zu sein.

Und das nennt die kommunistische Welt: zentrale Organisation! Ich bin durchaus für eine straffe zentrale Organisation auf nationalem wie auf internationalem Gebiet; darunter verstehe ich aber ganz etwas anderes als die despotische Herrschaft einer obersten „Konzenschrift“ über eine Masse geistiger Eunuchen.

Wie die Zentralisation der Kommunisten praktisch wirkt, dafür ein charakteristisches Beispiel. In der offiziellen Schrift die kommunistische Internationale bis zu ihrem zweiten Kongress fanden wir auf den Seiten 114 bis 117 einen Brief: In alle Orts- und Landesorganisationen der Unabhängigen Sozialistischen Partei Deutschlands, an alle Arbeiter, die Mitglieder der U. S. P. D. sind. Dieser Brief wurde geschrieben, nach dem die Moskauer Exekutive bereits ein Schreiben unseres Zentralkomitees in ihren Händen hatte, in dem wir unsere Reise nach Moskau anknüpften und als wir bereits auf dem Wege nach Moskau waren! Trotzdem behauptet die Moskauer Exekutive in ihrem Brief, daß die „rechten Führer des Zentralkomitees“ unserer Partei den Beschluß des Leipziger Parteitages sabotierten und nicht in Moskau zu sehen seien. Was heißen soll, daß die „rechten Führer“ nicht mit Moskau verhandeln wollen. Die kommunistische Exekutive forderte die Parteimitglieder der U. S. P. D. auf, sofort auf eigene Faust Delegierte nach Moskau zu schicken! Ich habe diese Art des Bestrebens, Parteien in anderen Ländern zu gerüsten, in der Stellung der Exekutive als hinterhältig verurteilt und betont, daß Verhandlungen ehrliches Wollen und lokales Verhalten auf beiden Seiten voraussetzen. Genosse Kadel gab trotzdem dem mit Unwahrheiten gespickten Brief der Exekutive nicht preis, er verteidigte ihn und ich erhielt auch nicht den Eindruck, als dächte die Exekutive daran, in Zukunft eine solche verwerfliche Taktik gegen die U. S. P. D. aufzugeben. Im Gegenteil, die Exekutive hält sich sogar für berechtigt, wenn sie es für nötig hält, eine eigene Zentrale von Moskau aus in Deutschland einzusetzen.

Kann ein ernstlicher Mensch glauben, daß wir mit solchen Methoden zu einer revolutionären Internationale der Tat zu kommen vermögen? Kann uns wirklich jemand, der nicht den Glauben an den Sozialismus, an seine Partei und an sich selbst verloren hat, zumuten, jener berühmten kommunistischen Taktik alles zu opfern, die die kommunistische Partei Deutschlands demoralisiert, desorganisiert, in Trümmer und Splitter zerlegt und zur politischen Ohnmacht und Einflußlosigkeit verdammt hat?

Parteiengenossen! Laßt es endlich genug sein, der Krankheit des Radikalismus!

Ich ging nach Moskau mit dem redlichen Willen, durch Verhandlungen einen Zusammenschluß der 3. Internationale mit unserer Partei herbeizuführen und durch das Bestreben die sozialrevolutionären Parteien anderer Länder ebenfalls für den Zusammenschluß zu gewinnen, damit eine aktionsfähige Internationale geschaffen wird. Ich mußte aber erleben, daß die Kommunisten nicht für den internationalen Zusammenschluß der sozialrevolutionären Parteien aller Länder wirkten, sondern daß sie nur eine kommunistische Partei für alle Länder gelten lassen wollen, unter der unumschränkten Gewalt der Moskauer Exekutive.

Berscharfster Generalstreik in Stuttgart

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Stuttgart, 26. August.

In der Volksversammlung der Betriebsräte wurde heute nach eingehender Beratung folgende Resolution angenommen:

Die am 27. 8. tagende Volksversammlung der Betriebsräte Stuttgarts einschließlich der vereinigten Gewerkschaften und der diesen angeschlossenen Organisationen sowie der politischen Parteien beschließen zur Abwehr gegen die von der Regierung im Verein mit den Unternehmern getroffenen geschäftlichen und verfassungswidrigen Maßnahmen: „Schließung und militärische Bewachung der Betriebe, der Werke Daimler, Holz und Maschinenfabrik Söllingen“ den berscharfsten Generalstreik mit dem Ziel:

1. sofortige Zurückziehung der Wachen,
2. sofortige Wiedereröffnung der Betriebe für sämtliche Arbeitnehmer,
3. Bezahlung der ausgefallenen Zeit,
4. Verhandlungen mit der Regierung wegen des Steuerabzuges.

Zu dieser scharfen Mahnung ist die Arbeiterschaft gezwungen worden durch die herausfordernde Haltung der württembergischen Regierung. Es spricht für weitgehende Disziplin und Mäßigung bei der Arbeiterschaft, wenn sie zu Verhandlungen mit der Regierung wegen des Steuerabzuges bereit ist.

Die „Berliner Volkszeitung“ schraubt flammende Entrüstung, weil wir die Arbeiterschaft gegen die brutalen Maßnahmen der Regierung in Schutz genommen haben. Sie wirkt uns Einseitigkeit vor. „Terrorakte“ könne man nicht in Schutz nehmen, das sei inkorrekt, und wenn man an die Folgen denke, dann sei es sogar verantwortungslos.

Wir müssen daran festhalten, daß ein Regierungssystem, das nie den Mut gehabt hat, gegen vermögende Steuerzahler vorzugehen, das Recht verweigert hat, die Arbeiterschaft in so brutaler Weise im Bunde mit denselben vermögenden Steuerzahlergegnern zur Besteuerung heranzuziehen. Eine solche Handlungsweise ist in Wahrheit verantwortungslos, verantwortungslos gegenüber der wichtigsten gesellschaftlichen Schicht, deren bereitwillige Arbeitsfreudigkeit man sonst mit süßen Worten herauszufordern pflegt. Die Be-

antwortungslosigkeit aber erreicht ihren Gipfel, wenn derartige Maßnahmen in einer Zeit geschehen, wo das Unternehmertum darauf brennt, Betriebe schließen zu können, und wo andere Regierungsteile ihre liebe Not haben, das anwachsende Profitgeierium mit Geld und guten Worten zur Aufrechterhaltung der Betriebe zu bewegen. Die Regierung sollte im Gegenteil der Arbeiterschaft dankbar dafür sein, daß sie es versucht, durch entsprechende Lohnrückstellungen die Besteuerung zum Teil auf die Profite und auf die Profitkämpfer abzuwälzen und damit durch Einsetzung ihrer Macht wenigstens einen Teil dessen zu erreichen, was den vor jedem Steuerrückzug der Befürchtenden sich duckenden Regierungen bisher nicht möglich war.

Wir wünschen daher den Stuttgarter Arbeitern aufrichtig einen vollen Erfolg und wir erwarten von der württembergischen Regierung äußerste Mäßigung und verständnisvolles Eingehen auf die von der Arbeiterschaft angebotenen Verhandlungen.

Die Böbelezeresse

Die Ausschreitungen in Breslau

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Die gestrige Kundgebung auf dem Schloßplatz, die zu der Eskalation des französischen-polnischen Konflikts und zu den Breslauer Ausschreitungen auf den Straßen führte, war von der Deutschnationalen Volkspartei, von der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und dem Zentrum einberufen worden. Die Verantwortung für die Ausschreitungen fällt also auf diese Parteien zurück, die durch Aufreizung der nationalistischen Instinkte die bedauerlichen Vorfälle heraufbeschworen haben. Von der U. S. P. D. ist nun nach Prüfungnahme mit der U. S. P. für heute 5 1/2 Uhr eine große Kundgebung der Arbeiterschaft angeordnet worden, an der auch unsere Genossen teilnehmen werden. Von gegnerischer Seite wird bereits fieberhaft daran gearbeitet, diese Kundgebung zu kören, und zwar werden namentlich Arbeitslose und Flüchtlinge aus Oberschlesien von den nationalistischen Hechern gegen uns auf die Beine gebracht.

Wie raffiniert von den Nationalisten gearbeitet wird, ergibt sich daraus, daß sie ihrer Aktion ein nationalbolshewistisches Mäntelchen umhängen, um einzelne Kreise der Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. So wird von notorischen Spitzeln und Provokatoren die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft ausgegeben und zugleich erklärt, die Arbeiter müßten, wenn sie Waffen erhielten, nach Oberschlesien ziehen, um von dort die Polen zu vertreiben. Die U. S. P. D. hat sich bisher gegenüber diesen Parolen ablehnend verhalten. Es ist aber festzustellen, daß viele kommunistische Elemente, bedingt von den scheinbar revolutionären Redensarten der nationalistischen Provokatoren, ihnen ins Garn gegangen sind, und mit den ausgegebenen Parolen sympathisieren. Von unserer Seite wird nichts unversucht gelassen, um die Arbeiterschaft von törichten Streichen zurückzuhalten und das verbrecherische Treiben der nationalistischen Vorkämpfer lahmzulegen.

Der Offizier als Lockspiegel

Heute trahen im Parteibureau der U. S. P. in Breslau ein Offizier, um sich zu erkundigen, ob die U. S. P. mit Sowjetrußland in Verbindung stehe. Das wurde von unseren Genossen verneint, worauf der Offizier bemerkte, daß in Ostpreußen 20 000 Rotgardisten übergetreten seien, die doch zu einer roten Armee in Deutschland benutzt werden sollten. Darauf fragte der Offizier, wo sich das Bureau der Kommunisten befinde, was ihm mitgeteilt wurde. Er verließ darauf unser Parteibureau, unsere Genossen folgten ihm aber nach und stellten fest, daß er nach dem Ring ging und dort in der Graubrunnstraße von Kaiser einen Stempel mit dem Aufdruck: „Karte Armee Deutschlands“ bestellte. Gleichzeitig tauchte er sich ein Sakentkreuz. Er entschwand darauf unseren Parteigenossen aus dem Gesichtskreis.

Die Regierung entschuldigt sich

Beuthen, 27. August. (Amtlich.)

Der Stellvertreter des Reichsministers des Auswärtigen, General v. Rosenburg, hat sich heute zum französischen Botschafter und zum polnischen Geschäftsträger begeben und ihnen das Bedauern der deutschen Regierung über die gestrigen Vorfälle in Breslau ausgesprochen.

Vor der Verständigung

Beuthen, 27. August.

W. I. B. berichtet: Von dem Hauptauschuß der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften und des Plebiszitarkommisariats für Deutschland ist heute nach Korfantyn folgende Verständigungsnotiz überreicht worden:

Als Ergebnis der zwischen Ihnen und Herrn Rechtsanwalt Bollau einerseits und den Herren Harrer, Ullrich und Sanktitorat Dr. Bloch andererseits am 23. August gepflogenen Besprechung sind folgende vier Punkte als Vorschlag von polnischer Seite festgestellt worden: 1. Entfernung der Sicherheitspolizei und Ersatz derselben bis zur möglichst baldigen Aufstellung einer Abtunungspolizei durch eine bewaffnete Einwohnerwehr (Hilfspolizei), die sich zur Hälfte aus Polen und zur Hälfte aus Deutschen zusammensetzt. 2. Ausweisung derjenigen, die nach dem 1. August nach Oberschlesien zugezogen sind. Ueber Ausnahmen, die durch berufliche, geschäftliche oder sonstige billige Interessen der Betroffenen gerechtfertigt sind, entscheidet eine paritätische aus Deutschen und Polen zusammengesetzte Kommission unter dem Vorsitz eines Vertreters der internationalen Kommission. 3. Die Weigerung, die Waffen niederzulegen oder abzugeben, soll mit den schärfsten Strafen, mindestens mit einjähriger Zuchthausstrafe und mit Verlust des Abstammungsrechtes geahndet werden. 4. Von den politischen Parteien und Gewerkschaften auf polnischer und deutscher Seite soll ein gemeinsamer Aufruf an die Bevölkerung zur Rückkehr und zum Frieden erlassen werden.

Diese vier Punkte sind unsere Zustimmung. Zu Punkt 2 wollen wir nicht entscheiden, inwieweit er zu § 3 Absatz 5 des Artikels 88 des Friedensvertrages in Gegensatz steht. Es liegt im Sinne Ihrer Vorschläge, wenn wir im Interesse des Friedens in Oberschlesien und der Sicherstellung dauernder ungeörterter Fortführung des Wirtschaftslebens noch folgende Punkte hinzuzufügen: 3. Jeglicher Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben, insbesondere ist jede Einwirkung durch Gewalttätigkeit oder Drohungen in Arbeitsbetrieben oder Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt.

Zur Ueberwachung der Durchführung dieser Vereinbarungen ist für das Abstammungsgebiet eine paritätische Kommission aus Deutschen und Polen unter Vorsitz eines Vertreters der internationalen Regierungs- und Plebiszitarkommission einzusetzen. Als ersten Akt des ernsten Willens beider Teile zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen halten wir die sofortige Veröffentlichung des unter Punkt 4 vorgezeichneten Aufrufs an die Bevölkerung für notwendig. Wir sind zu der sofortigen Veröffentlichung dieses Aufrufs bereit und erwarten von Ihnen das Gleiche. Sie haben unseren Vertretern versichert, daß ein Aufruf Ihrerseits den Frieden in Oberschlesien binnen 48 Stunden wiederherstellen würde. Sollten Sie daher zögern, so müßten wir daraus entnehmen, daß Sie den gegen-

märtigen ungeschlichen Zustand billigen und daß Sie zur Verwirklichung Ihrer Zusagen nicht gewillt oder nicht in der Lage sind.

Beginn der Verhandlungen

Beuthen, 27. August.

Die Verhandlungen über die vom Hauptauschuß der deutschen Parteien und Gewerkschaften Korfantyn überreichte Note haben heute mittag begonnen.

Erfreulicherweise scheint es jetzt in Oberschlesien endlich zu einer Verständigung zwischen Deutschen und Polen zu kommen. Die polnischen Organisationen haben ihre Forderungen gestellt und die deutschen bürgerlichen Parteien haben ihnen zugestimmt, zugleich freilich noch einen neuen Punkt hinzugefügt, an dem hoffentlich die Einigung nicht scheitern wird. Die Polen fordern ihre Anhänger in einem Aufruf zur Aufnahme der Arbeit und zur Abgabe der Waffen auf. Es muß abgewartet werden, ob sie damit mehr Erfolg haben werden als bisher. Seitern wurden Verhandlungen zwischen den beiden Parteien geführt.

Die Ausschreitungen des nationalistisch-antifemistischen Böbels in Breslau haben bereits die eine Folge gehabt, daß die deutsche Regierung bei den Franzosen und bei den Polen um Entschuldigung bitten mußte. Die reaktionäre Presse sucht jetzt die Schuld an den Breslauer Ereignissen von sich abzuwälzen. Insbesondere spricht die „Deutsche Tageszeitung“ mit Scheinheiliger Miene ihr Bedauern über die vorgekommenen Ausschreitungen aus. In Wirklichkeit ist das nationalistische Preßgesindel, die „Deutsche Tageszeitung“ an der Spitze, zu den intellektuellen Urhebern dieser Böbelezeresse zu rechnen. Bei diesen Elementen kann das deutsche Volk sich dafür bedanken, wenn sich noch andere Weiterungen aus den nationalistischen Ausschreitungen in Breslau ergeben. Die reaktionäre Presse kann sonst nicht genug von der „nationalen Würde“ Deutschlands reden; immer wieder aber sorgt sie durch die Aufreizung der nationalistischen Leidenschaften, durch die Verhetzung einer urteilslosen Masse zu nationalistischen und antifemistischen Exzessen, daß das deutsche Ansehen stets aufs neue geschädigt wird.

Für Sonntag nachmittag 3 Uhr haben die bürgerlichen Parteien in Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten eine Protestversammlung der Oberschlesier nach dem Lustgarten in Berlin einberufen. Zuerst war behauptet worden, daß auch die Unabhängige Sozialdemokratie einen Redner stellen wolle. Das ist nicht der Fall.

Wir warnen die Arbeiter auf das dringendste davor, sich bei dieser Gelegenheit von nationalistischen Elementen mißbrauchen zu lassen. Der Berliner Polizeipräsident hat erklärt, daß er einen Demonstrationszug zum Brandenburger Tor nicht dulden könne, da das eine Verletzung des besetzten Reichstagsbannkreises bedeuten würde. Es sei zugleich Vorwarnung getroffen worden, daß die ausländischen Missionen vor Zwischenfällen, wie sie sich am 26. August in Breslau abgespielt haben, wirksam geschützt werden. Die Arbeiterschaft darf es nicht bei diesen polizeilichen Maßnahmen bewenden lassen; es muß alles getan werden, damit nicht Berlin zu einem neuen Schauplatz nationalistisch-antifemistischer Exzesse wird!

Der russisch-polnische Krieg

Der russische Rückzug

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Inkerburg, 28. August.

Ohne Zwischenfälle habe ich bei Czognow die Grenze überquert. Der Weg nach Augustowo scheint nicht mehr frei. Rote Truppen versuchten durch Litauen nach Grodno zu marschieren, wurden aber von der litauischen Grenzwehr zurückgewiesen. Ernsthaftige Grenzverletzung scheint die russische Armee nicht zu beabsichtigen, vielmehr die litauische Neutralität zu achten. Dagegen erwartet man von den Polen hier keine Rücksicht. Die polnischen Friedensbedingungen, die russisches Gebiet mit Wilna fordern, erwecken große Besorgung. Das litauische Militär macht in sanfterer Uniform, guter Ausrüstung und ruhigem freundlichem Wesen einen überaus guten Eindruck. Die intellektuellen Kreise dieses Volkes erstehen aus der breiten Basis der mittleren Schichten, nicht wie bei Polen aus dem Großgrundbesitz.

Ueber die Kriegslage schwirren an der deutschen Grenze wie hier in Suwalki die unglaublichen Gerüchte. Alle Grenzmeldungen sind mit großer Vorsicht auszuwählen. Sicher ist nur, daß der russische Rückmarsch über Augustowo fortgeschritten. Der Stab der 4. Armee, wie die revolutionären Komitees haben Augustowo geräumt. Im Rücken der russischen Truppen erheben sich die polnischen Bauern, die den Uebertritt russischer Truppen auf deutsches Gebiet verhindern wollen. Die jüdische Bevölkerung flieht heimatlos vor den Polen im Lande umher. Ueberall berichtet man von entsetzlichen Greuelthaten, die die Polen beim Rückzug an den Juden begangen haben sollen. Die Zahl der Hingeschlachteten soll nach tausenden zählen. Einwandreiches Material konnte ich jedoch bisher nicht erhalten. In Suwalki sind Gerüchte vom Ende der polnischen Offensive verbreitet. Die roten Truppen sollen Somcha bereits wieder besetzt haben.

Der polnische Heeresbericht

Polen, 27. August.

Operationsbericht des polnischen Generalstabes vom 26. August. Nordfront. In den Abschnitten der 1. und 5. Armee ist die Lage unverändert. Während der Säuberung des Gebietes westlich der Linie Mlawka—Zichanow wurden wieder 2000 Bolschewisten gefangen.

Zentralfont. Im Abschnitt der Stadt Loman befinden sich noch einige Tausend Bolschewisten aller Waffengattungen, welche unter unserem Druck, sich hartnäckig verteidigend, zur deutschen Grenze zurückzuziehen. Es wurde festgestellt, daß in einem Abschnitt unsere Abteilungen von zwei Batterien und Maschinengewehren der Bolschewisten beschossen wurden, die sich auf deutschem Boden befanden. (?) Auf der Chaussee Koltow—Majonca stieß unser 57. Infanterieregiment mit starken feindlichen Abteilungen zusammen und erbeutete nach erbittertem Kampf sechs Geschütze, zehn Maschinengewehre, Fahnen und die Kanäle der 10. bolschewistischen Kavalleriedivision. Abteilungen der 3. Legionär-Division überrannten durch einen Ausfall aus Kobryn den Feind, welcher verschiedene Einheiten konzentrierte, zerstreuten ihn, machten 1100 Gefangene, darunter den ganzen Stab der 57. Sowjetdivision und erbeuteten vier Geschütze und zwölf Maschinengewehre.

Südfont. Unsere Truppen Grajewo besetzt. Südfont. Ostlich Lemberg, im Abschnitt Zaboworze sind hartnäckige Kämpfe im Gange.

Kommunistische Partei und proletarische Revolution

(Schluß)

Die russischen Menschewits haben nach der Niederlage der Revolution 1905 einige Jahre lang die Idee des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse erzeugen sollte; die „Gelben Labouristen“ jeglicher Art in England und in Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden oder verschwommenen, nur parlamentarischen Vereinigungen, an Stelle der politischen Partei, und legen gleichzeitig eine durchaus bürgerliche Politik in die Tat um. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Kampf ohne Kopf ist.

Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der 2. Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärungen der „Linken“ A. U. P. D. auf ihrem Gründungskongress im April, daß sie eine Partei gründe, aber „keine Partei im überrationalen Sinne“, bedeutet eine geistige Kapitulation vor denjenigen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.

Allein durch den Generalstreik, durch die Taktik der getrennten Hände, kann die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie davontragen. Das Proletariat muß zum bewaffneten Aufstand greifen. Wer das verstanden hat, wird auch begreifen müssen, daß dazu eine organisierte politische Partei not tut und formlose Arbeiterunionen nicht genügen.

Die revolutionären Syndikalisten sprechen oft von der großen Rolle einer entschlossenen revolutionären Minderheit. Nun, eine wirklich entschlossene Minderheit der Arbeiterklasse, eine Minderheit, die kommunistisch ist, die handeln will, die ein Programm hat, die den Kampf der Massen organisieren will, ist eben die kommunistische Partei.

Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei besteht darin, immer in engerer Fühlung mit den breitesten Schichten der Proletarier zu bleiben. Um das zu erreichen, können und sollen die Kommunisten auch in solchen Vereinigungen wirken, die nicht parteimäßig sind, die aber große Proletariermassen umfassen. 3. B.: Kriegesbeschädigten-Organisationen in verschiedenen Ländern, Comité der „Hands of Russia“ in England, proletarische Mietervereine usw. Besonders wichtig ist das russische Beispiel der sogenannten „parteilosen“ Arbeiter- und Bauernkonferenzen. Solche Konferenzen werden fast in jeder Stadt, in jedem Arbeiterviertel und auch auf dem Lande organisiert. Bei den Wahlen zu diesen Konferenzen beteiligen sich die breitesten Massen auch der zurückgebliebenen Arbeiter. Auf die Tagesordnung werden die aktuellsten Fragen gestellt: Ernährungsfrage, Wohnungsfrage, militärische Fragen, Schulfrage, politische Aufgaben des Tages usw. Die Kommunisten beeinflussen diese „parteilosen“ Konferenzen auf das eifrigste, — und mit größtem Erfolg für die Partei.

Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser weiten Arbeiterorganisationen, aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, um die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, daß sie sich dieser weiten Arbeiterorganisation bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter stets ihre eigene selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen.

Die Kommunisten meiden keineswegs nicht parteieigene Massenorganisationen der Arbeiter, sie scheuen sich unter Umständen selbst dann nicht, wenn sie einen ausgeprägten reaktionären Charakter tragen, (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.) in ihnen teilzunehmen und sie auszunutzen. Die kommunistische Partei führt innerhalb dieser Organisation beständig ihre Arbeit und überzeugt die Arbeiter unermüdlich, daß die Idee der Parteigliedschaft als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Handlangern unbekannt unter den Arbeitern gefördert wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf für den Sozialismus abzulenken.

Die alte „klassische“ Einteilung der Arbeiterbewegung in drei Formen — Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften — ist offenbar überholt. Die proletarische Revolution in Rußland hat die Grundform der proletarischen Diktatur — die Sowjets — geschaffen. Die Revolutionierung, der wir überall entgegengehen, ist: 1. Partei, 2. Sowjet, 3. Produktionsverband (Gewerkschaften). Aber auch die Arbeiterräte, wie auch die revolutionierten Produktionsverbände müssen beständig und systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. von der kommunistischen Partei geleitet werden. Der organisierte Vorhut der Arbeiterklasse — die kommunistische Partei — die in gleichem Maße die Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet, wie auch auf dem Gebiet des Bildungswesens leiten muß, sie muß den lebendigen Geist bilden, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterkräften, wie auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Die Entstehung der Sowjets als historische Grundform der Diktatur des Proletariats schmälert keineswegs die führende Rolle der kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn von den „Linken“ Kommunisten Deutschlands (siehe ihren Aufruf an das deutsche Proletariat vom 14. April 1920, gezeichnet „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“) erklärt wird, daß auch die Partei sich immer mehr dem Rätegedanken anpaßt und die proletarischen Charakter annimmt“ (K. A. 3. 54), so ist das ein verworrenen Ausdruck der Idee, als müßte sich die kommunistische Partei in den Räten auflösen, als könnten die Räte die kommunistische Partei ersetzen. Diese Idee ist grundfalsch und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution haben wir einen ganzen Abschnitt, als die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie untergruben. Dasselbe war auch in Deutschland zu beobachten. Das Gleiche ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Sowjets ihren geschichtlichen Aufgaben gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer derart kräftigen kommunistischen Partei insofern notwendig, daß sie sich nicht einfach den Sowjets „anpaßt“, sondern daß sie in der Lage wäre, diese selbst zu veranlassen, der „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die weigardistische Sozialdemokratie zu entsagen, daß sie mittels der kommunistischen Fraktionen der Sowjets imstande wäre, die Sowjets ins Schlepptau der kommunistischen Partei zu nehmen.

Der kommunistischen Partei den Vorschlag macht, sich den Sowjets „anzupassen“, wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters“ der Partei sieht, der erweist sowohl der Partei wie den Sowjets einen höchst fraglichen Dienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei, noch die der Sowjets. Die „Sowjetidee“ wird um so eher liegen, je stärker die von uns in einem jeden Lande geschaffenen Partei sein wird. Für die „Sowjetidee“ legen sich auch viele „Unabhängige“ und sogar Rechtssozialisten ein Doppelmessers ab. Dienen Elementen zu verhören, die Sowjetidee zu verdrehen, werden wir nur dann können, wenn wir eine starke kommunistische Partei haben werden, die imstande ist in der Politik der Sowjets ausschlaggebend zu sein, die Sowjets hinter sich zu führen.

Die Arbeiterklasse benötigt die kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach dem Übergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse. Die Geschichte der seit bald drei Jahren an der Macht stehenden kommunistischen Partei Rußlands zeigt, daß die Bedeutung der kommunistischen Partei nach Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sich nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich zugenommen hat.

10. Am Tage der Eroberung der Macht durch das Proletariat bleibt keine Partei dennach wie vor nur ein Teil der Arbeiterklasse. Das ist aber gerade derjenige Teil der Arbeiter-

klasse, der den Sieg organisierte: seit zwei Jahrzehnten, wie in Rußland, seit einer Reihe von Jahren, so auch in Deutschland, führt die kommunistische Partei ihren Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diejenigen „Sozialisten“, welche die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats sind; sie trägt in ihre Reihen die standhaftesten, weislichsten und fortgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse auf. Nur auf Bodenhandeln einer derartigen, geschlossenen Organisation der Elite der Arbeiterklasse ist es möglich, alle diejenigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege in Weg stellen.

In der Organisation einer neuen proletarischen roten Armee, in der tatsächlichen Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und in dessen Erziehung durch Keime eines neuen proletarischen Staatsapparates, im Kampf gegen zünftige Tendenzen einzelner Arbeitergruppen, im Kampf gegen den Lokal- und Bezirks-„Partizismus“, in der Anbahnung von Wegen auf dem Gebiet der Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin, — auf allen diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der kommunistischen Partei; ihre Mitglieder müssen durch das eigene Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse anfeuern und führen.

11. Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst mit der völligen Vernichtung der Klassen weg. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß die historische Bedeutung der drei Grundformen der proletarischen Organisation der Gegenwart (Partei, Sowjets, Produktionsverbände), sich verändern wird und daß sich allmählich der einheitliche Typus der Arbeiterorganisation herauskristallisiert. Die kommunistische Partei wird sich aber erst dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, wenn der Kommunismus aufgehört wird, ein Kampfbegriff zu sein und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist.

12. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale wird nicht nur die geschichtlichen Aufgaben der kommunistischen Partei überhaupt bestätigen, sondern dem internationalen Proletariat, wenn auch in allgemeinen Umrissen, sagen müssen, was für eine kommunistische Partei wir benötigen.

13. Die kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß besonders in der Zeit der Diktatur des Proletariats die kommunistische Partei auf der Grundlage eines eisernen proletarischen Zentralismus aufgebaut werden muß. Um mit Erfolg die Arbeiterklasse in dem ausgedehnten langwierigen und harten Bürgerkrieg zu führen, muß die kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrungen der kommunistischen Partei, die im Verlauf von Jahren im russischen Bürgerkrieg die Führung der Arbeiterklasse hatte, haben gezeigt, daß ohne die strengste Disziplin, ohne einen vollkommenen Zentralismus und ohne volles, kameradschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zu dem leitenden Parteizentrum der Sieg der Arbeiter unmöglich ist.

14. Die kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteiglieder durch die unteren, die unbedingte und unerlässliche Verbindlichkeit aller Vorstände der untergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist für alle führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern.

15. Eine Reihe kommunistischer Parteien Europas und Amerikas ist infolge des von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten verhängten Belagerungszustandes gezwungen, eine illegale Existenz zu führen. Man muß dessen eingedenk sein, daß man bei einer derartigen Lage der Dinge mitunter gezwungen ist, von der strikten Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzusehen und den leitenden Parteieinrichtungen das Recht der Kooptierung (Zerstandsichtigung) zu überlassen, wie das seinerzeit in Rußland der Fall gewesen ist. Unter dem Belagerungszustande vermag die kommunistische Partei sich nicht bei jeder ernsten Frage des demokratischen Referendums zu bedienen (Antrag eines Teils der amerikanischen Kommunisten), sie ist vielmehr gezwungen, ihrem leitenden Zentrum das Recht einzuräumen, im nötigen Augenblick wichtige Beschlüsse für alle Parteimitglieder zu fassen.

16. Die Propagierung einer weiten „Autonomie“ für die einzelnen lokalen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der kommunistischen Partei, untergräbt ihre Aktionsfähigkeit und begünstigt die kleinbürgerlichen, anarchoischen, ausföndenden Tendenzen.

17. In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu kombinieren. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden. Die kommunistischen Parlamentsfraktionen, sowohl in den zentralen (Reichs-) wie in den lokalen (Landes- bzw. Gemeinde-) Staatsinstitutionen müssen voll und ganz der Kontrolle der Gesamtpartei unterstellt werden, — ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei in gegebenem Augenblick legal oder illegal ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in irgend einer Form der Partei untergeordnet weigern, müssen aus den Reihen der Kommunisten ausgeschlossen werden. Die legale Presse (Zeitungen, Verlag) muß unbedingt der Gesamtpartei und ihrem Zentralkomitee unterstellt werden.

18. Die Grundlage der gesamten Organisationsfähigkeit der kommunistischen Partei muß überall die Schaffung einer kommunistischen Zelle sein, mag auch die Anzahl von Proletariern und Halbproletariern mitunter noch so gering sein. In jedem Sowjet, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betrieb, in jedem Einwohnerausschuß (Mieterrat), überall, wo sich auch nur zwei Mann finden, die für Kommunismus eintreten, muß sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden. Nur die Geschlossenheit der Kommunisten ist es, die dem Vorhut der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, die gesamte Arbeiterklasse hinter sich zu führen. Alle kommunistischen Parteizellen, die in den parteilosen Organisationen tätig sind, sind der Gesamtparteiorganisation unbedingt untergeordnet, ganz abgesehen davon, ob die Partei in dem betreffenden Moment legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander untergeordnet sein auf der Grundlage der strengsten Rangordnung nach einem möglichst genauen System.

19. Die kommunistische Partei entsteht fast überall als städtische Partei, als Partei von Industriearbeitern, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Zwecks eines möglichst leichten und schnellen Sieges der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die kommunistische Partei nicht nur die Partei der Städte, sondern auch die der Dörfer werden soll. Die kommunistische Partei muß ihre Propaganda und ihre organisatorische Tätigkeit unter den Landarbeitern und den Klein- und Mittelbauern entfalten. Die kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt auf die Organisation von kommunistischen Zellen auf dem flachen Lande hinarbeiten.

Die internationale Organisation des Proletariats kann nur in dem Fall stark sein, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben formulierten Anschauungen über die und den Klein- und Mittelbauern entfalten. Die kommunistische Internationale laßt zu ihrem Kongress eine jede Gewerkschaft ein, die die Prinzipien der Dritten Internationale anerkennt und bereit ist mit der gelben Internationale zu brechen. Die kommunistische Internationale wird eine internationale Sektion der roten Gewerkschaften organisieren, die auf dem Boden des Kommunismus stehen. Die kommunistische Internationale wird sich nicht weigern mit jeder nicht parteimäßigen Arbeiterorganisation zusammenzuarbeiten, wenn diese einen ersten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen will. Dabei wird aber die kommunistische Internationale die Proletarier der ganzen Welt auf folgendes hinweisen:

1. Die kommunistische Partei ist die Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse. In einem jeden Lande müssen wir jetzt nicht Gruppen oder Strömungen haben, sondern eine kommunistische Partei.

2. In einem jeden Lande soll nur eine einzige einheitliche kommunistische Partei bestehen.

3. Die kommunistische Partei soll auf dem Prinzip der strengsten Zentralisierung aufgebaut sein und in der Epoche des Bürger-

krieges soll sie in ihren Reihen militärische Disziplin wahren lassen.

4. Überall, wo es auch nur ein Duzend von Proletariern oder Halbproletariern gibt, muß die kommunistische Partei eine organisierte Zelle haben.

5. In einer jeden nicht parteimäßigen Institution muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die der Gesamtpartei strengstens unterstellt ist.

6. Das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus fest und beharrlich beschützend, muß die kommunistische Partei stets auf das engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sekretariat in demselben Maße melden wie die Prinzipienlosigkeit.

Stimmen der Parteipresse

„Vollblatt“ in Halle

Die Vertretung der U. S. P. D. ist vom Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau zurückgekehrt und hat die Bedingungen mitgebracht und bekanntgegeben, die die 3. Internationale für den Anschluß aufgestellt hat. Wir unterbreiten sie hiermit den Genossen und empfehlen ein sorgfältiges Studium. Der erste Eindruck wird wohl bei jedem sein: ungeheuerlich! Das ist ja eine bis ins Kleinste gehende Diktatur! In der Tat: es ist ja, — wenn man sich ans formale Kammerl.

Aber nachdem wir das festgestellt, müssen wir auch in Ruhe überlegen, um was es sich bei dieser großen Frage eigentlich handelt. Hier stehen zwei Prinzipie gegenüber, die in der weltgeschichtlichen Entwicklung abwechselnd die entscheidende Rolle spielen: Diktatur und Demokratie. Im tiefsten Grunde sind die beiden ja nie ganz rein verwirklicht, aber eins oder das andere bestimmte System herrscht jedesmal in einer Geschichtsepoche, in einem Staat, in einer Partei vor. Nun sind wir in der deutschen Sozialdemokratie auf das System der Demokratie eingeschworen — wie schon unser Name sagt. Und es war vielfach zur Parteiradikation geworden, daß wir auch mit und durch die Demokratie den Sozialismus verwirklichen wollten und — könnten. Die Entwicklung der letzten paar Jahre hat aber das Fragezeichen hinter „Demokratie“ ständig verstärkt. Freilich hat man auch immer an „Diktatur des Proletariats“ gedacht, aber so ganz dahinter, so mehr theoretisch, so ganz in der Ferne liegend. „Demokratie“ lag viel näher; sie wurde zur Waffe, mit der wir die Diktatur der kapitalistischen Gesellschaft berannten. Nun zeigt sich, daß die Waffe untauglich ist. Der Kapitalismus arbeitet mit jeder Art von Demokratie, auch der „vollendeten“. Er erprobt sich gerade in den Ländern des besten Wohlseins und der brutalsten Diktatur, die die herrlichsten, mustergültigsten demokratischen Einrichtungen haben. Beispiele liegen nahe.

Wir müssen klar unterdessen lernen. Demokratie wollen wir, all unter leidenschaftlichen Kämpfen hat kein anderes Ziel, als allen Menschen gleichberechtigte Anteilnahme an allen Gütern des Lebens und der Kultur zu sichern. Der Zweck unseres Kampfes ist reinste, bestmögliche Demokratie. Sie kann sich aber nur auf gleicher Basis berechtigung aufbauen, auf den Sozialismus, richtiger dem Kommunismus. Über den Kommunismus kann nie verwirklicht werden ohne Diktatur des Proletariats. Das Proletariat ist die einzige Klasse, die beim Kommunismus gewinnt, alle anderen Schichten, die an der Herrschaft der Kapitalistenklasse beteiligt sind, haben zu verlieren. Deshalb kann nur die Arbeiterklasse den Kommunismus — diktiert.

Wie wird sie tauglich zu dieser gigantischen Aufgabe? Das ist allein die Frage, die jetzt zu lösen ist. Und da muß der Blick nicht in die Gebilde der Theorie schweifen, sondern sich die Praxis ansehen. Die russische Arbeiterklasse hat den Kampf ausgenommen und durchgeführt. In Rußland ist die Diktatur des Proletariats verwirklicht.

Mit welchem Instrument? Mit einer auf „vollendeter Demokratie“ aufgebauten Parteiorganisation? Nein. Die russische kommunistische Partei ist so organisiert und arbeitet so, wie wir in den Aufnahmebedingungen lesen. Nun mag der einzelne Genosse bis ins Mark erschauern oder eine Gänsehaut kriegen — ob der Zumutung, uns eine ähnliche Diktatur innerhalb der Partei zuzulegen zu müssen, ehe wir in Moskau Aufnahme finden — das ganze bleibt doch eine sehr nüchtern zu überlegende Sache. Entzückung über die Aufnahmebedingungen lehnen wir jedenfalls ab. Wir müssen sehr ruhig die Vorträge beantworten, ob wir die Diktatur des Proletariats wirklich wollen und dann entscheiden, wie wir es können! Da wird es sich auch nicht um feintliche „Vorschriften“ handeln, auch nicht um Annahme eines uns in Einzelheiten fremdartigen Systems, nein, das ist alles Beiwert. Es kommt auf den Geist an, den der Kampf so geist, mit dem wir unsere Organisation erfüllen und mit dem wir unsere Praxis betreiben. Wenn dieser Geist und dieses Wissen dem staubigen Willen des russischen Proletariats ähnlich wird, so werden wir auch die Organisationsform finden, die diesen Geist tragen kann. Daß sie bis in alle Einzelheiten dem „Schema“ der Aufnahmebedingungen entsprechen müsse, wird niemand fordern. Gegen solche Überheiten werden sich sicherlich die russischen Genossen verwahren.

Die ganze Frage darf überhaupt nicht vom bürokratisch-kleinlichen Gesichtspunkt der „Organisationseinrichtung“ oder des „Organisationsbaues“ betrachtet werden. Die Partei ist nur das Instrument, das sich der Kampf zu bedienen hat und das in ständiger Fortentwicklung begriffen bleiben muß. Wenn wir stagnieren, werden wir uns mit Listeleien über die „Demokratie in der Partei“ die Zeit vertreiben. Wenn wir aber markieren, dann werden wir die straffe Disziplin in den Reihen halten. Jetzt werden wir nur, aber mit handeln noch nicht. Wenn die Arbeiterklasse zur Verwirklichung der Diktatur, zur Radikalisierung durch die Räteorganisation schreitet, so ist die Organisationsform sofort eine andere.

Aus der Partei

Bezirkstag Magdeburg-Anhalt

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Magdeburg der Bezirkstag der U. S. P. für Magdeburg-Anhalt. Es waren über 120 Delegierte anwesend. Die Mitteldeutsche ist im letzten Jahre von 16 424 auf 26 476, also um 10 052 gestiegen. Da der Bezirk zum großen Teil rein ländliche Bezirke umfaßt und eine erhebliche Anzahl rechtssozialistischer Blätter besteht, bedeutet diese Zunahme einen schönen Erfolg. Die Parteizeitung „Magdeburger Volkszeitung“, die am 1. April 1919 mit 5000 Lesern gegründet wurde und sich unter den schwierigsten Verhältnissen zu einem beachtenswerten Parteiorgan entwickelt hat, zählt jetzt annähernd 20 000 Leser. Die „Kämpferin“ ist obligatorisch eingeführt. Neben dem Bezirkssekretariat bestehen vier Kreissekretariate, von denen zwei halbamtlich verwaltet werden. Das Kassensystem zeigt infolge der hohen Wahlkosten ein weniger erfreuliches Bild. Die Zahl der unabhängigen sozialistischen Stimmen betrug bei den Wahlen zur Nationalversammlung reichlich 26 000, bei der Reichstagswahl über 158 000. Damals sendete der Bezirk keinen Abgeordneten, diesmal mit Hilfe von Reststimmen 3 ins Parlament.

Der normale Beitrag betrug bisher 25 Pf. pro Woche, wofür die Genossen die „Kämpferin“ erhielten. Zur Deduktion der Wahlkosten wurde seit Mai von den männlichen Mitgliedern der doppelte Beitrag erhoben. Der Bezirkstag beschloß nun, unter Fall aller Extrabeiträge, von den Genossen wöchentlich 40 Pf., von den Genossinnen 25 Pf. zu erheben. Ein Antrag forderte den Zentralvorstand auf, mit dem nächsten Parteitag einen Frauenvorstand zu verbinden. Zur Agitation unter den Frauen soll eine Genossin ausgebildet werden. Auch Annahme verschiedener Anträge zur intensiveren Agitations- und Organisationsarbeit referierte Genosse Koenen, vom Zentralkomitee, über die gegenwärtige Lage und behandelte dabei auf Wunsch des Bezirkstages die in der Partei aktuellen Fragen der Räteorganisation und der Internationale. Nach langer Aussprache wurde bei etwa 25 Stimmen-enthaltungen folgender Antrag angenommen:

Der Bezirkstag erklärt, daß die Betriebsräte nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben haben. Sie müssen auch tätigen Anteil nehmen an den politischen Aufgaben. Das kann nur geschehen, wenn sie sich neben den Gewerkschaften zusammenschließen zu Vollversammlung, um zur jeweiligen Situation Stellung zu nehmen.

Internationaler Metallarbeiter-Kongress

Kopenhagen, 23. August.

Der Vorsitzende erteilt außerhalb der Tagesordnung das Wort an

Dijmann-Deutschland, zur Begründung einer von der dafür eingesetzten Kommission eingebrachten Resolution, die eine aktive Bekämpfung der Feinde Sowjetrußlands und des Krieges überhaupt fordert. Dijmann führte hierzu aus:

Nachdem sich der Bund nach sechs langen Jahren am erstenmal wieder versammelt, könne er nicht vorübergehen an einer so wichtigen Frage, die zur Zeit das ganze Proletariat Europas in Atem halte. Das sei der Angriffskrieg Polens gegen das proletarische Rußland. Das habe das Zentralkomitee eingesehen und darum für notwendig gefunden auszusprechen, daß wir uns in Abererinstimmung befinden mit der Internationale von Amsterdam, die bereits zweimal zum europäischen Kampf Stellung genommen habe. Einmal zum Kampf gegen Dörrich-Ungarn, das zweite Mal zur Unterstützung der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den polnischen Ueberfall.

Aber wir können diese Ereignisse im Osten nicht losgelöst von der Vergangenheit betrachten; sie sind eine Folge des Weltkrieges, darum mußte in der Resolution auch der Krieg als solcher charakterisiert und verurteilt werden, als eine Methode des Kapitalismus. Darum beschließt sich die Resolution sowohl mit dem Krieg der Vergangenheit, als auch mit dem in der Zukunft drohenden. Haben doch die kapitalistischen Staaten ihre Ohnmacht zur Wiederherstellung eines Friedens gezeigt. Der Imperialismus hat nicht nur die Arbeitermassen auf die Schlachtbahn geführt, sondern auch die Jubelstimmung gezwungen, Munition und Kriegsmaterial herzustellen, mit dem ihre eigenen Arbeiter bezücker ermordet wurden. Die kapitalistischen Mächte stützen sich im Kriege 1. auf das bewaffnete Heer und 2. auf das Arbeiterheer, um Waffen, Munition und Kriegsgüter herzustellen. Verweigern die Arbeiter eine weitere Herstellung von Waffen, Munition usw., dann ist den kapitalistischen Regierungen eine weitere Kriegsführung unmöglich. Aber niemals kann durch Gewalt der Krieg die Zivilisation gefordert, noch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelöst werden. Unter der Maske des Rechtes ist stets das Recht vergewaltigt worden, wurde die Neutralität und Unabhängigkeit der Völker vergewaltigt. Wir aber haben das Recht jedes Volkes zu betonen, selbst über seine inneren Verhältnisse und seine Regierungsform zu bestimmen. Alle bisherigen Friedensverträge aber, von Westfalen bis Versailles, stellen eine Vergewaltigung des Rechts dar. Bei allen abgeschlossenen Verträgen tragen wir vergebens danach: Wo sind die Rechte des kämpfenden Volkes geblieben? Nur die kapitalistischen Interessen wurden beachtet und fanden auch ihren Niederschlag in dem Völkerbund. Letzteren stellen wir den proletarischen Bund der Internationale gegenüber. Immer neue dunkle Wolken ziehen am Horizont heran, neue Kriegsgefahren drohen, und all diesen Gefahren gegenüber hat der I. M. B. die Pflicht, Stellung zu nehmen. Im Kriege Polens gegen Sowjetrußland verweigert sich das internationale Kapital, weil es sich in Rußland um eine proletarische Regierung handelt. Wenn wir auch nicht alle Einzelheiten der russischen Verhältnisse kennen, so wissen wir doch, daß das internationale Kapital gegen Rußland kämpft, um damit den Sozialismus zu zerschlagen, und darum ist für uns der Kampf im Osten die Verteidigung des russischen Proletariats.

Angeichts der Veruche des internationalen Kapitals, seine Position zu festigen, hat die Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam die erwähnten Beschlüsse gefaßt. Wir als Glied dieser Internationale haben die von ihr erlassenen Aufforderungen tatkräftig zu unterstützen. Wir als Metallarbeiter erweitern diesen Appell dahin, daß nicht nur der Transport, sondern auch die Herstellung von Munition und Kriegsgüter verweigert werden muß. Dabei sind wir uns der Schwierigkeit und des Ernstes bewußt, den die Durchführung dieser Aktion erfordert. Aber die Metallarbeiter müssen als Avantgarde des Proletariats trotz aller Schwierigkeiten, und der möglichen Schwäche in einzelnen Ländern alles daran setzen, um dieser Aufforderung nachzukommen. Seien wir uns der großen Aufgaben bewußt, die den Gewerkschaften zufallen, getreu den Worten: „Die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“

Richard Müller-Deutschland ist mit dem Ergebnis der Beratungen nicht zufrieden. Zu wenig sei zu spüren gewesen von den Wellenschlägen der Revolution. Die Abwesenheit der Russen lastet auf dem Kongress. Die kapitalistischen Regierungen werden es als Schwäche der Arbeiterbewegung auslegen. Der Kongress müsse den Willen zu mehr Aktivität bekunden. Darum müssen die Metallarbeiter aller Länder zur direkten Aktion

schreiten. Der Boykott gegen Ungarn habe gezeigt, daß sich die Erkenntnis zur Aktion überall bemerkbar mache. Allerdings sei es nicht möglich, die Form der Aktionen durch Resolutionen festzulegen, aber das nächste Ziel des Kampfes müsse gezeichnet werden. Darum legt er eine eigene Resolution vor, die die Munitionserzeugung verbiete und den Metallarbeitern zur Pflicht mache, die Aktionen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Parteien zu unterstützen. Eine Betonung des Charakters des Krieges findet er nicht notwendig. Sondern es müsse ausgesprochen werden, daß wir in der Epoche der sozialen Revolution leben, in der die alten gesellschaftlichen Reihorden als überlebt zu bezeichnen seien. Andererseits erkenne er die Schwierigkeiten zur Ueberwindung zu einer gemeinsamen Resolution angesichts der verschiedenen Entwicklungs- und Verhältnisse in den verschiedenen Ländern an, darum akzeptiere er die Resolution der Kommission, obwohl ihm darin einiges nicht gefalle und ziehe seine eigene Resolution zurück.

Merxheim-Frankreich erklärt, daß er nicht ums Wort gebeten hätte, wäre nicht Müller mit einer eigenen Resolution gekommen. Die Deutschen seien es auf den früheren Kongressen stets gewesen, die die Vorschläge der Franzosen abgelehnt hätten, im Kriegsfall den Generalkrieg zu erklären. Wenn heute Müller verlange, daß man die russischen Methoden der Uebernahme habe, dann müßten alle Delegierten nachhause gehen und den Bürgerkrieg erklären. Er lehne dies ab. Es könne wohl die richtige Methode für Rußland sein, das keine starke Bourgeoisie habe; Frankreich aber habe 7 Millionen Bauern, die sich sofort gegen die Arbeiterklasse wenden würden. Wenn die Deutschen die Methoden adoptieren wollten, so könnten sie es ja tun. Die Militarisation der Arbeit, die Einrichtung von Kriegsgerichten für die Arbeiter, die Verwandlung des Landes in eine große Kaserne seien Methoden, die in Frankreich nicht anwendbar seien. Auch habe man den Beschluß der 3. Internationale zur Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale vor sich, womit sich die Gewerkschaften aller Länder zu beschäftigen haben. Wir hätten nicht Zeit, lange zu diskutieren, sondern müßten die Aktion der Gewerkschaftsinternationale unterstützen, und darum die Macht herstellen, die hierzu imstande ist.

Haas-Deutschland erklärt sich mit den Methoden der Russen nicht einverstanden. Die Resolution der Kommission sei zu lang und enthalte zu viel starke Worte, aber angesichts der Schwierigkeiten stimme sowohl er als sein Freund Kummer dennoch dieser Resolution zu.

Stein-Oesterreich erklärt die Schwierigkeiten, denen die Kommission bei Ausarbeitung der Resolution begegnete und wobei natürlich das ökonomische Bedürfnis nicht vollkommen auf seine Rechnung kommen könne. Aber von seiner Seite sei die Resolution selbst kritisiert worden, sondern man habe sich nur in allgemeinen theoretischen Auseinandersetzungen bewegt. Die russischen Methoden könnten wir nicht verurteilen, sondern müßten sie erst studieren und dann dazu Stellung nehmen. Notwendig sei, daß die Franzosen mehr Vertrauen in die in Deutschland vor sich gegangene Aenderung der Mentalität haben. An Müllers Resolution sei die beste Eigenschaft, daß er sie zurückgezogen habe, darum wolle er einem Toten nichts Böses nachsagen. Wenn aber Haas die starken Worte in der Resolution kritisiere so entsprechen diese starken Worte den wirklichen Verhältnissen.

Dijmann (Deutschland) hebt in einem kurzen Schlußwort hervor, daß es bei der heutigen Beschlussfassung nicht darauf ankomme, über Einzelfragen Sowjetrußlands ein Urteil abzugeben, sondern unsere proletarische Solidarität gegenüber den russischen Kämpfern zu bekunden. Das sei auch die beste Antwort auf die gewaltsame Fernhaltung der russischen Delegierten von diesem Kongress.

Die Resolution der Kommission wird dann einstimmig angenommen.

Den Wortlaut dieser Resolution bringen wir in der nächsten Nummer.

Betriebsräte

Rechtssozialisten gegen Betriebsräte

Die Gemeinde Mahlsdorf hat einen sozialdemokratischen Gemeindevorsteher, der jetzt zur Zeit seines Urlaubs durch einen sozialdemokratischen Schöffen vertreten wird. Beide Herren, die Arbeitervertreter sein wollen und der S. P. D. angehören, mißachten das Recht der Arbeiter und Angestellten auf einen Betriebsrat. Der Schöffe Schmidt (S. P. D.) drohte sogar einem Vertrauensmann, der den Betriebsrat durchsetzt, mit Entlassung. Gerücht wird dieses Treiben, das sich hauptsächlich gegen Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten richtet, von dem reaktionären Gemeindevorsteher Buchholz.

Die Arbeiter und Angestellten haben einen Betriebsrat verlangt. Der Gemeindeverwaltung liegt aber daran, beide Grup-

pen auseinander zu reißen, um ihnen dadurch ihre Stofkraft zu nehmen. Sie verfügte mit Zustimmung des Regierungspräsidenten, daß Angestellte und Beamte eine gemeinsame Interessensvertretung erhalten sollen, damit die Angestellten unter die Bestimmungen für die Beamten fallen. (Die Bezahlung soll nicht nach den Grundätzen für die Beamten erfolgen.)

In einer Versammlung haben die entzweiigten Arbeitnehmer dagegen Stellung genommen, einen provisorischen Betriebsrat gebildet und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Mahlsdorf protestieren gegen die herausfordernde Haltung des Gemeindevorstandes, der einem Teil seiner Arbeitnehmer das Recht auf den Betriebsrat auf gesetzlicher Grundlage abspricht und verurteilt auf schärfste die Arbeit der Gemeinde, die Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten zu durchbrechen zugunsten des reaktionären Beamtentums. Die Angestellten weisen es mit Entrüstung von sich, mit den Beamten, die nur gegen die gleichen Rechte der Angestellten kämpfen, zusammenzugehen und wollen mit den Arbeitern gemeinsam eine Interessensvertretung. Die gewählten Vertrauensleute werden beauftragt, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln beim Gemeindevorstand dahin zu wirken, daß derselbe seine ihm gesetzlich obliegenden Pflichten der Arbeitnehmerhaft gegenüber erfüllt und diese nicht sabotiert.“

Reichskonferenz der Dreistein u. Koppel A. G. Betriebsräte.

Vom 21. bis 23. August fand im Berliner Gewerkschaftshaus die erste Reichskonferenz der Betriebsräte des Dreistein u. Koppel-Konzerns statt. Insgesamt waren die Vertretungen von 10 000 Arbeitnehmern delegiert.

Es wurde der Beschluß gefaßt, gemeinsam nach genau vereinbarten Richtlinien auf die weitgehendste Mitwirkung der Arbeitnehmer am Wirtschaftsbetriebe der Firma hinzuwirken.

Ferner wurde u. a. beschloffen, der Arbeiterbewegung zu empfehlen, das sogenannte Erholungsheim der Firma in Wiantenburg nicht mehr aufzusuchen, da bei den bestehenden Verhältnissen die Bezeichnung „Mehrlöhligkeitseinrichtung“ auf dieses Erholungsheim nicht mehr anwendbar ist. Alle Veruche des Zentral-Betriebsrates, den Stifter dieses Erholungsheimes zwecks Uänderung der Verhältnisse und zwecks Bewilligung der dazu erforderlichen Geldmittel persönlich zu sprechen, sind gescheitert.

Eine Abordnung der Reichskonferenz, welche der Direktion die nächstliegenden Wünsche der Arbeiterbewegung übermitteln sollte, wurde von dieser nicht empfangen, weil die Direktion, wie sie angab, dazu nicht gesetzlich verpflichtet wäre. Ein derartig kurzschichtiges Verhalten der Geschäftsleitung, ohne Rücksicht auf eine Gefährdung des Wirtschaftslebens, wird seine Wirkungen auf die Arbeiterbewegung des Dreistein u. Koppel-Konzerns gewiß nicht verfehlen.

Gewerkschaftliches

Die Hege gegen den Transportarbeiterverband

Nachstehende Berichtigung geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„In der Abendausgabe der „Berliner Volkszeitung“ vom 25. d. Mis., werden in einem Artikel „Betriebsrätezentrale Münzstraße und Straßenbahner“ Behauptungen aufgestellt, die jeder Grundlage entbehren und nur aus Unkenntnis der Sachlage heraus oder aber aus Boswilligkeit und Verleumdungsabsichten veröffentlicht wurden.“

Wir stellen dementsprechend folgendes fest:

Es ist unrichtig, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, seine Beiträge aus dem Grunde erhöht hat, um die Betriebsrätezentrale damit finanzieren zu können. Richtig ist vielmehr, daß der Verbandsvorstand nicht nur in Berlin, sondern über das ganze Reich die Erhöhung der Beiträge veranlaßte, und zwar aus denselben Gründen, die alle anderen Organisationen dazu nötigten.

Des ferneren ist unwohr, daß demnächst eine weitere Beitragserhöhung geplant ist, und daß der Betriebsrätezentrale Mittel zugewendet wurden. Im übrigen gestatten wir uns zu bemerken, daß der Berichterstatter die Vorgänge in der Berliner Arbeiterbewegung in den letzten Wochen und Monaten absolut nicht verfolgt hat, denn sonst müßte er folgendes wissen:

Als die Beiträge erhöht wurden, war eine Einigung mit der Betriebsrätezentrale noch nicht erfolgt und konnte deshalb bei dessen Durchführung von der Finanzierung der B. R. Z. keine Rede sein.

Andererseits steht fest, daß alle Organisationen, darunter auch der Gemeindefahrer-Verband, dieselben Pflichten zu übernehmen hat wie der Deutsche Transportarbeiter-Verband.

Des ferneren müßte dem „gut unterrichteten Herrn“ bekannt sein, daß die Beiträge des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes noch lange nicht an erster Stelle stehen. Ferner ist auch über-

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

So vergehen Stunden.

Wichtig öffnet Wowa die Augen und blickt lange, aufmerksam in das Gesicht der Mutter, die seine Hand hält, und ihm in diesem Augenblicke sagt:

„Wowa, mein Liebling, erkennst du denn nicht deine Mama?“

Aber Wowa antwortet nicht auf die Frage, er fährt fort, angestrengt, aufmerksam hin zu sehen. Auf seinem Gesicht sieht die große Anstrengung geschrieben, die er macht, um etwas in Erinnerung zu rufen, um zu überlegen. Wichtig beginnt er lustig und schallend zu lachen; er sucht jemanden, und als er mich findet, ergreift er meine Hand, und sagt, ohne einen Augenblick das Lachen zu unterbrechen:

„Väterchen, wie gut ist es, daß du mich nicht betrogen hast! Es ist ja wahr, daß Mama gekommen ist! Also ist der Schnee geschmolzen. Wie schön, Lieb-Väterchen!“

Und er fährt fort, immer lauter und hysterischer zu lachen, und ohne Zusammenhang zu murmeln, daß die Wege von Schnee verweht sind, daß er betrogen worden ist, daß Mama nicht gekommen ist.

Ich halte sein Händchen, lausche seinen zusammenhangslosen Phantasien und dem noch lange nicht verstummenden hysterischen Lachen. Und mir, dem Greise, wird erst jetzt die große Tragödie der kleinen Kinderseele klar: also, überlege ich, dachte er diese ganze Zeit über, daß ich ihn betrüge, daß seine Mama immer nicht kam und nicht kam... und er hätte mit dieser großen Tragödie in der Seele sterben können, sich vom nächsten, liebsten Menschen, vom eigenen Vater betrogen fühlend. Und das war die erste kindliche Enttäuschung. Der erste Dorn der Verzweiflung, den das Leben in dieses noch nicht gefestigte Herz gestochen hat. Und doch hat er bisher geschwiegen, er hat nichts gesagt. Da soll einer lug werden, es mögen sich zwanzig rechtgläubige Tölpel von Kritikern täglich ein Genie, einen Kenner des Menschenherzens nennen, es sind ja bloß Idioten, Komödianten, die ein blödsinniges Schauspiel in diesem nur aus Lüge und Betrug bestehenden Leben auführen. Pfui, wie widerwärtig!

Als meine Frau sich zum Fortgehen erhebt, tritt sie nahe an mich heran, berührt zaghaft meine Schulter mit der Hand, und murmelt, kaum vernehmlich:

„Vielleicht würdest du mir erlauben, etwas mitzubringen... etwas Nahrung für Wowa?“

„Weshalb fragst du mich?“ antworte ich, verständnislos die Achseln zuckend, „was hat das mit meiner Erlaubnis zu tun?“

Ich sehe, daß sie noch verlegen wird, die Augen senkt und das Gesicht zur Seite wendend, sagt:

„Ja, aber ich dachte, du könntest es verbieten. Das ist ja von meinem jetzigen Wanne verdient... das Letzte murmelt sie in kaum vernehmbarem Flüster-tone, so daß ich die Worte mehr errate.“

„Ach, das meinst du?“ sage ich ruhig, und dabei möchte ich in diesem Augenblicke bitter lachen, „du fürchtest meine männliche Ambition?“ Ich ergreife ihre rechte, schlaff herabhängende Hand und drücke sie fest, als wollte ich meine Worte hineinpressen:

„Versteht doch, ihr Menschen, mein Sohn stirbt! Wo soll ich denn da noch Ambition hernehmen? Und wozu denn auch? Vor dem Antlitz der Todesqualen? Die Menschen haben sie ja für ihre schmutzigen Ziele der Unversöhnlichkeit eronnen, um einander zu quälen, zu martern. Und niemand hat es dadurch leichter, alle leiden bloß. Und hier vor dem Antlitz des Todes.“

Ich vergesse, was ich sagen wollte, ich vergesse sogar meine Frau, eine unendliche Leere umfängt mein ganzes Wesen, ich vergesse alles auf der Welt, ich fühle nur eines: ringum ist es leer, leer, leer... Und dieses Gefühl verurteilt mir weder Leiden, noch Freude; das Leben pflst nicht in mir, es glimmt kaum, der flackernden Flamme eines Lämpchens vor dem Heiligengilde gleich.

Dieser Zustand wiederholt sich in letzter Zeit immer häufiger. Wenn ich aber aus dieser Betäubung erwache, fühle ich in meiner Seele neue Kräfte erstehen, ich fühle, daß dort etwas erstanden ist und wächst und mich immer fester und fester umfaßt, es zwingt mich, das vergangene Leben zu vergessen. Ich sehe klar die Grenze, welche mein vergangenes Leben, von diesem neuen, hervorsprossenden, trennt. Es ist merkwürdig, ich müde, vom Leben zerflügelten, fühle keinerlei innere Furcht vor dem Bewußtsein, daß in mir ein neues Leben erstekt, und jedesmal, wenn ich den Pulsschlag dieses feindlichen Lebens fühle, wird meine Brust von einer bisher nicht gekannten Freude erfüllt.

Sollte dieses Gefühl, frage ich mich selber, bei einem ergrauten Haupte nicht schon eine Chimäre sein? Ist es nicht ein Selbstbetrug vor dem offenen Sarge, in den ich mich legen muß?

„Ja, weiß es nicht.“

Als sie schwarz geteilt, in mein Kabinett eintrat und so ruhig, ohne zu eilen, die Tür hinter sich schloß, fühlte ich, daß ich sie kenne, wie der Mensch sein Schicksal kennt. Im nächsten Augenblicke blickte ich forschend in ihr altes, aber frisches Gesicht mit den ruhigen, gebieterischen Augen, und ich konnte mich nicht entsinnen, wo ich sie gesehen habe, am ehesten wohl nirgends, niemals im Leben. Es ist ein solch merkwürdiges, unerklärliches Gefühl, wenn es einem zuweilen vorkommt, man kenne einen Menschen, obwohl man ihn im Leben niemals getroffen hat.

Dieses störrische, hervortretende Kinn ist mir so gut bekannt, und doch habe ich diese Frau im Leben niemals gesehen. „Ja, kenne sie, ohne sie gesehen zu haben.“

Ihre ganze Gestalt atmet eine natürliche Macht, als sei sie geschaffen, um sich alles unterzuordnen, eine jede Bewegung führt sie mit der eingeborenen Ruhe der Gebieterin aus. Ohne zu eilen, tritt sie an meinen Tisch heran, mit ruhig Guten Tag! hinwerfend, und eben so gemächlich setzt sie sich in den Sessel. Einige Minuten herrscht Schweigen.

„Sie wissen wohl, weshalb ich komme,“ sagt sie mit einer kühleren markanten Stimme, als könnte sie keinen Augenblick den Gedanken aufkommen lassen, daß mir der Grund ihres Besuches unbekannt sei. Auch ihre Stimme scheint mir bekannt zu sein:

„Mein Sohn wird bald abgeurteilt und wahrscheinlich zum Tode verurteilt werden,“ fährt sie fort, „Sie müssen ihn retten!“

Erst in diesem Augenblicke mahnt mich mein Gedächtnis wie in einer Erleuchtung daran, daß sie die Mutter des Junkers sein muß, der an der Spitze des Aufstandes in der Junkerschule stand, gewiß, es ist derselbe nicht gerade hohe, etwas animalische Hals, das selbe hervortretende Kinn, dieselben gebieterischen, durchdringenden Augen und die stählerne Stimme. Sie wartet auf eine Antwort von mir. „Ja, aber Schweige. Was könnte ich auch sagen? In diesem Augenblicke geht zwischen uns eine schweigende Unterhaltung vor sich. Beharrlich und gebieterisch verlangt sie eine Antwort von mir, ich aber schweige, willenlos, gehorham.“

(Fortsetzung folgt.)

